

WAS POLITIKER NICHT SAGEN

GREGOR
GYSI

... weil es um
Mehrheiten
und nicht um
Wahrheiten
geht



**SPIEGEL
Bestseller**

Econ

8. Aufklärung heißt: übersetzen

Vielleicht kann man ja mit 90 Jahren
im Bundestag noch rundödeln,
ohne dass es einer merkt.
Aber mit 90 kann man kein Dach mehr decken.
(Kritik an der Rente mit 67 im Juni 2014)

Öffentliche politische Sprache hat zu übersetzen. Das bedeutet nicht, Menschen zu unterfordern. Es geht darum, diejenigen, die später dann mit politischen Beschlüssen leben müssen, bereits am Prozess der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Das ist ein wichtiger Unterschied zum Populismus. Der Populismus versucht unzulässige Vereinfachungen. Regelmäßig behauptet er, hinter seinen Auffassungen stünde eine Mehrheit der Bevölkerung. Davon meinen die Populisten auch dann schon überzeugt sein zu dürfen, wenn ein Problem erstmals zur Debatte steht – oder wenn gerade gar kein konkretes Problem verhandelt wird. Somit wird letztlich die Deutungshoheit in jeder Debatte in ihren Besitzstand überführt, und nicht nur die. »Wir sind die Deutschen! Und wir wollen es bleiben!«, rief Alexander Gauland bei einer AfD-Kundgebung im Juni 2016 in die überschaubare Zuhörerschaft. Da hat er sich nicht nur politisch verrechnet: Es standen ja nicht 80 Millionen Menschen an diesem Tag vor ihm und jubelten unisono. So viele passen auf den Marktplatz von Elsterwerda auch gar nicht drauf. Doch mit der realistischen Einschätzung von Menschenmengen, das wissen wir spätestens seit der Amtseinführung von Donald Trump, tut sich der eine oder andere Populist offenbar schwer.

Übersetzen, und zwar sachgemäß, ist eine verantwortungsvolle Tätigkeit. Dazu gehört, überhaupt erst einmal zu erkennen, was es zu übersetzen gilt. Wer in der Politik berufstätig ist wie ich, kann ja zwei Stunden am Tag Zeitungen lesen, kann Bücher durcharbeiten, kann Artikel studieren, kann wichtige (oder wichtigtuerische) Gespräche führen, kann sich in das gesamte Vokabular der anstehenden politischen Themen hineinarbeiten. Wenn ich aber alleinerziehend mit zwei Kindern wäre und acht Stunden am Tag an einem Verkaufsschalter säße, mich dann um meine Kinder zu kümmern hätte und dann vielleicht mal kurz Zeit für die Tagesschau hätte, wäre mein Überblick auch ein anderer. Oft verstünde ich gar nicht, was die Politikerinnen und Politiker in diesen kurzen Sequenzen sagen, und schon gar nicht, was sie meinen. Und wenn es vielen Menschen so geht – dann ist sie vergeben und verschenkt, jene kostbare halbe Minute, die uns im Fernsehen landläufig so gegeben wird. Die Leute müssen erkennen und nachvollziehen können, was wir wollen. Wir sind nicht für uns da. Wenn wir etwas für die Leute erreichen wollen, müssen wir sie zuallererst erreichen.

Wichtig beim Reden ist für mich der Vergleich, das nachvollziehbare Argument, also: die besagte Übersetzung von sperrigem, zum Beispiel statistischem Material in die Lebenspraxis. Ich halte mich gern dort auf, wo es konkret wird. Zum Beispiel: 16,8 Prozent unserer Bevölkerung stammen aus Ostdeutschland, aber in den Spitzenpositionen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sind die Ostdeutschen nur mit 1,7 Prozent vertreten. Die früheren Versprechen einer gerechten Beteiligung hat die Bundesregierung nie eingehalten. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse gibt es nach wie vor nicht, und die innere Einheit ist immer noch nicht verwirklicht. Manchmal hat man den Eindruck, als ob die Mauer noch stünde. Blühende Landschaften? Kohl wurde missverstanden, als er das sagte: Er hat den Menschen aus dem Osten doch nur sagen wollen, was ihnen unter den Gesetzen des Kapitals blüht.

Ein Abgeordneter der CSU hat zu mir gesagt: Aber, Herr Gysi, Sie vergessen, dass die Mieten und Restaurantpreise im Osten günstiger sind als im Westen – deshalb sei es durchaus gerechtfertigt, im Osten geringere Renten und geringere Löhne zu zahlen. Abgesehen davon, dass man nicht zwei Faktoren herausnehmen kann, sondern alle Preise und Kosten heranziehen muss, lautete meine Gegenfrage, ob er bestätigen könne: In der bayerischen Stadt Hof sind im Vergleich zur bayerischen Stadt München die Mieten und Gaststättenpreise wesentlich günstiger. Ob er je gefordert habe, deshalb dort geringere Löhne und Renten zu zahlen, fragte ich weiter. Hatte er natürlich nicht. Und so konstatiere ich einen

bemerkenswerten Unterschied: Im Kopf des CSU-Mannes herrscht noch die Spaltung, während bei mir die Einheit vollzogen ist.

Gerhard Schröder und Joschka Fischer betrieben in ihrer rot-grünen Koalition 1998 bis 2002 eine (sogenannte) Steuerreform. Beschlossen wurde auch eine Änderung der Veräußerungserlösgewinnsteuer. Ein Wortungetüm, das allein schon in die Flucht treibt. Vor der Reform galt, dass Kapitalgesellschaften verpflichtet waren, Gewinne aus Veräußerungserlösen in voller Höhe zu versteuern, während Inhaberunternehmen nur den halben Satz zahlten. So war – unübersetzt – die Gesetzeslage, die zur Änderung anstand. Was heißt: Übersetzung? Ich muss ein Bild schaffen, das vereinfachend den Kern so trifft, dass man's versteht.

Als diese Steuer im Bundestag zur Diskussion stand, sagte ich in meinem Redebeitrag, ich wolle die Sache noch einmal so durchgehen, »dass auch einer wie ich sie versteht«. Das klingt bescheiden, ist aber eigentlich die Höchstform der Arroganz, denn natürlich wird man im Saal davon ausgehen, dass ich's sehr wohl verstanden habe. Aber ich muss in der Ansprache bei mir bleiben, um nicht andere zu beleidigen, indem ich ihnen Unverständnis, gar Einfalt oder Begriffsstutzigkeit vorwerfe.

Betont langsam sagte ich: Also, es gehe um Folgendes: Wenn die Deutsche Bank bisher etwas verkaufte, dann erhielt sie dafür einen Kaufpreis – statt Veräußerungserlös sage ich: Kaufpreis. Und auf diesen Kaufpreis musste sie bisher eine Steuer bezahlen. Wenn nun auch der Bäckermeister an der Ecke etwas verkaufte, das besagte Inhaberunternehmen, wurde ihm ebenfalls ein Kaufpreis gezahlt, aber darauf musste er nur einen halben Satz Steuern bezahlen. In Zukunft nun sei es so: Der Bäckermeister müsse das Doppelte bezahlen, die Deutsche Bank jedoch gar nichts mehr. Und das sollte eine sozialdemokratisch-ökologische Reform sein?

Das betrachte ich als Übersetzung. Man versteht das auch außerhalb von thematisch eingeweihten Kreisen.

Eingeweihte Kreise? Man stelle sich vor: Nach meiner Rede im Bundestag rannten SPD-Abgeordnete zum damaligen Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und fragten, ob es das sei, was sie in einer halben Stunde beschließen würden. Aufgeregt erkundigten sie sich, ob ich recht hätte. Struck ruderte abwehrend mit den Armen: Alles bereits entschieden, alles bereits entschieden!

Das angeführte Beispiel ist marginal. Und logisch, dass sich auch Abgeordneten beim Begriff »Veräußerungserlösgewinnsteuer« die Gehörgänge schließen. Man schaltet innerlich ab, vertraut den Spezialisten und hebt später die Hand zur Abstimmung. Aber die Sache so abzutun, ist fatal. Denn nicht nur über irgendeine ferne Steuer wurde da entschieden, sondern – wenn wir an den Bäckermeister denken – über Handwerkerschicksale und über ökonomische Konsequenzen für den Mittelstand und kleinere Betriebe. Wer mit in der Regierung sitzt, Gesetzeskraft ausübt, muss wissen, was beschlossen werden soll. Nach der Rede eines Oppositionspolitikers hatten Abgeordnete plötzlich Fragen, die vorher hätten geklärt sein müssen. Wie nehmen solche Leute ihre Verantwortung wahr?

Was ich als Übersetzung bezeichne, ist eine der wichtigsten Techniken in der Politik. Aber: Es wird immer weniger übersetzt. Die Unermüdlichkeit und Häufigkeit, mit der sich Politikpersonal zum Beispiel in den Medien tummelt, steht in direktem Widerspruch zur Sorgsamkeit, Welterklärung zu versuchen. Klingt gewaltig, vor dem Wort erschrecke ich, kaum dass ich es hingeschrieben habe. Aber auch wenn ich über regionalste Probleme spreche, ist Welterklärung angesagt. Denn die Welt beginnt vor der Haustür. Der DDR-Schauspieler Kurt Böwe hat einmal gesagt: »Alles in uns ist Welt und Provinz, und dort, wo die angeblich große Welt behauptet wird, ist am meisten Provinz.« Das heißt: Überall leben Menschen

(Mittelpunkte!), überall regiert der Alltag. Politik hat im Grunde keine größere Aufgabe, als einen freundlichen, friedlichen Alltag organisieren zu helfen.

Sprache sucht nach Prägekraft. Cato der Ältere (95-46 v. Chr.) formulierte ein rhetorisches Grundgesetz, das dafür von entscheidender Wichtigkeit ist: Wiederhole, was dir wichtig ist! Jede seiner Reden beendete der römische Staatsmann – jedenfalls der griechischsprachigen Überlieferung des Schriftstellers Plutarch zufolge – mit dem auf die Feinde gemünzten, militaristisch geprägten Satz: »Im Übrigen bin ich dafür, dass Karthago zerstört werden muss!« Die Stereotype ist normalerweise ein Fluch, aber ebenso ein Fanal; sie kann einschläfern, wie sie aufputschen kann. Bertolt Brecht sprach von der Notwendigkeit, immer wieder den Frieden zu beschwören, bis das Wort »Asche im Mund« sei. Geschmacklich keine Avance, rhetorisch aber eine Möglichkeit, Nachdruck zu erreichen.

Ernst Reuters »Schaut auf diese Stadt«, John F. Kennedys »Ich bin ein Berliner«, Willy Brandts »Nun wächst zusammen, was zusammengehört«, Barack Obamas »Yes, we can«, Angela Merkels »Wir schaffen das« – das sind nur wenige, willkürliche Beispiele für den Willen, komplizierte Zusammenhänge und Verhältnisse zu bewirtschaften und dafür Dinge auch auf einen aufrüttelnden Punkt zu bringen, also: das Denken beeinflussen zu wollen, aber dafür Reflexe bedienen zu müssen, die ansonsten vor allem von der Werbung angesprochen werden. Losungen sind keine Lösungen, aber eine Reaktionen auslösende Kraft besitzen sie durchaus.

Im Grunde sind wir da wieder bei der Übersetzung: Vereinfache, aber sei kein Simpel; lass weg, aber lüge nicht; spitz zu, aber übertreibe nicht; triff ein Urteil, aber schwing dich nicht zum Richter auf; ergreif das Wort, aber werde nicht übergriffig.

Mitunter verführt der Wille zur Zuspitzung zu sehr groben Sätzen. Im August 1990 erklärte der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Gdansk: »Karl Marx ist tot, Jesus lebt.« Schon damals konnte ich über diesen Spruch nur den Kopf schütteln. Norbert Blüm war damals bei Weitem nicht der Einzige, der das Ende dieser Geschichte gekommen sah. Später räumte er ein, sich mit dieser Äußerung vertan zu haben. Im Übrigen hatten Blüm und ich ein gutes Verhältnis zueinander. Er ist jenseits seiner Ämter ein äußerst kritischer CDU-Politiker geworden. Ich fühle mich mit ihm allein schon durch einen Witz verbunden. Wir betreten zu zweit eine Berliner Kneipe, ich rufe in Richtung Theke: »Zwei Kurze!« Die Antwort des Wirts: »Det seh ick – und wat woll'n Se trinken?«

Über Marx zu reden, ist nicht nur schlechthin Pflicht eines Linken. Marx ist einer der bekanntesten Deutschen weltweit. Vor Jahren suchte das ZDF in einer Art Unterhaltungsshow nach den »besten« Deutschen. Den »Kandidaten« für diesen Titel wurden Paten beigelegt – ich durfte der Anwalt für Karl Marx sein. Vor der Sendung lag er Umfragen zufolge auf Platz zehn. Am Ende kam er nach Konrad Adenauer und Martin Luther auf den dritten Platz. Über 1,8 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer hatten sich an der wochenlangen Umfrage beteiligt. Gewiss, eine oberflächliche Aktion; eine Struktur, mit der man auch Hitparaden betreibt. Und doch, im bedauerlichen Zeitalter der Nichtlesenden und schnellen, großformatigen Schlagzeilen, war das ein beachtlicher Aufmerksamkeitsschub.

Vor Jahren entwarf der Künstler Ottmar Hörl rote Statuen von Marx, die zu Hunderten auf dem Porta-Nigra-Platz in Marx' Geburtsstadt Trier platziert wurden. Zur Eröffnung stand ich zwischen diesen Figuren, und es hieß, ich sei ja größer als Marx. Ohne Übertreibung – und einigermaßen frei von Eitelkeit – konnte ich erwidern: »Nein, größer als Marx bin ich bestimmt nicht – aber länger als die Hörl-Figur schon.«

Es bleibt die Frage: Warum kann unsere Gesellschaft als Ganzes nicht stolz auf so ein Genie wie Karl Marx sein? Stolz schließt kritische Auseinandersetzung doch keinesfalls aus – im Gegenteil: Erst Größe

rechtfertigt Streit. Und sollte von besonderer Relevanz nicht auch sein, dass Karl Marx ein deutscher Jude war? Können wir nicht endlich eine andere Lockerheit, eine andere Offenheit entwickeln? Sind unsere Politik, unsere Wirtschaft und unsere Politikwissenschaft nicht zu ideologisch, zu eng, zu dogmatisch, zu voreingenommen?

In Frankreich zum Beispiel herrscht eine völlig andere politische Kultur. Die Französinen und Franzosen lieben Jeanne d'Arc und Napoleon. Man kann sich kaum zwei gegensätzlichere Menschen vorstellen. Was fehlt uns zu solcher Leichtigkeit, zu solchem Charme, zu solchem Stil, der unter Gegensätzen nicht nur immer leidet, sondern ganz selbstverständlich mit ihnen lebt? Gewiss, wir sind durch unsere Geschichte belastet, durch die Nazidiktatur und ihre Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Die Spaltung Deutschlands und die unterschiedlichen Entwicklungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland taten ihr Übriges. Aber nun sind wir doch vereint und haben uns europäisch normalisiert. Eine Partei links von der SPD im Bundestag wird kaum noch als störend empfunden, sondern ist ein aktiver Faktor im Parteien- und Parlamentsgelände. Und Karl Marx muss auch von seinem Missbrauch im Staatssozialismus befreit werden. Er war ein Freiheitskämpfer.

Karl Marx starb in London und ist dort beerdigt. Auch hier gilt es festzustellen: Noch nie war ein Bundespräsident, ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin an seiner Grabstelle in Highgate, die im Übrigen ein Touristenmagnet ist. Ehrlich gesagt finde ich diese deutsche offizielle Zurückhaltung, ja Pikiertheit peinlich. Rhetorik und Gestensprache bilden einen Zusammenhang. Auch die Linken müssen hierbei Überwindungskraft entwickeln. Sie müssen beispielsweise begreifen, dass es in jeder deutschen Stadt eine Straße geben darf, die nach Otto von Bismarck benannt wird, so wie Konservative endlich – um dabei zu bleiben – jeden Widerstand etwa gegen eine Karl-Marx-Straße aufgeben sollten.

Mehr als unverständlich ist mir auch, dass es keine einzige deutsche Universität gibt, die seinen Namen trägt. Leidenschaftlich befürworte ich eine Initiative, die Universität in Trier nach Karl Marx zu benennen. Als ich zum 200. Geburtstag des großen Denkers in Trier im voll besetzten Auditorium Maximum eine Vorlesung hielt, gestand ich meine sehr eingeschränkte Zuständigkeit, erklärte die Universität aber trotzdem zur Karl-Marx-Universität. Und dann erfreute ich mich an dem, was sonst überhaupt nicht zum Ritus von Studierenden gehört: Standing Ovations. Der zuhörende Präsident sackte auf seinem Sitz merklich zusammen.